



Susanne Schneider

Sprecherin für Gesundheit,
Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung und Emanzipation

Rede am 3. September 2015 anlässlich der Debatte um ein Modellprojekt zur gesicherten Abgabe von Cannabis für Erwachsene

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Weit über 100.000 Menschen werden in diesem Jahr noch nach Nordrhein-Westfalen kommen: Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, die vor Verfolgung und Gewalt fliehen. Diese Menschen brauchen dringend unsere Hilfe.

Unserem Gesundheitssystem steht mit dem demografischen Wandel die größte Herausforderung seit Jahrzehnten bevor. Krankenhäuser in unserem Land sind permanent unterfinanziert. Das Pflegepersonal kommt an seine Grenzen. Ärztemangel droht.

Und was tun wir? Wir müssen zum zweiten Mal in diesem Jahr über Cannabis diskutieren.

Es gab dazu schon einen Antrag. Zu diesem Antrag gab es sogar zwei Anhörungen, in denen intensiv und ausschweifend diskutiert wurde. Und jetzt?

Zurück auf „Los“, aber ohne in das Gefängnis zu gehen. Denn egal, ob wir über Haupt-, Nord-, Süd- oder Westbahnhof gehen, die Dealer sind längst da. Sie spielen aufgrund der momentanen Gesetzeslage ihr eigenes rücksichtsloses Spiel. Denn sie profitieren am meisten von der aktuellen Gesetzeslage. Sie fahren auf dem Schwarzmarkt enorme Gewinne ein und schaden gleichzeitig vorsätzlich der Gesundheit ihrer Kunden. Oder glauben Sie, die interessieren sich für Jugendschutz und Prävention?

Cannabis gehört mittlerweile zum Leben einer Vielzahl von Menschen. Bis zu vier Millionen regelmäßiger Konsumenten soll es laut aktuellen Zahlen allein in Deutschland geben. Trotz des Status der illegalen Substanz und der drohenden Strafverfolgung. Eine Kriminalisierung der Substanz Cannabis schadet jedoch den Falschen.

Ohne Frage birgt Cannabis noch immer Gesundheitsrisiken, insbesondere für Heranwachsende. Doch um dieses Problem anzugehen, ist die staatliche Verteufelung der falsche Weg, ganz im Gegenteil: Präventionsangebote können aufgrund des illegalen Charakters der Thematik nicht an den Mann gebracht werden. Die Konsumenten schaden ihrer Gesundheit hauptsächlich dadurch, dass die Droge nicht kontrolliert und vor allem nicht standardisiert ist.

Ein weiterer Verlierer der aktuellen Gesetzeslage ist unsere Polizei. Die Beamten haben wahrlich genug zu tun, sind aber dazu verpflichtet, jedem noch so kleinen Vergehen in Bezug auf Cannabis nachzugehen. Dies verschwendet Unmengen an

Personalressourcen. Und all das, obwohl die Verfahren bei den meisten kleineren Delikte sowieso eingestellt werden. Der Konsum geringer Mengen Cannabis ist gesellschaftlich ohnehin weitestgehend akzeptiert, was den Kampf der Polizei noch zusätzlich erschwert.

Von den finanziellen Belastungen der Steuerzahler möchte ich gar nicht erst anfangen zu sprechen, denn große Summen fließen jährlich in die Strafverfolgung.

Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis als Genussmittel an volljährige Personen durch Apotheken oder lizenzierte Ausgabestellen hingegen würde viele dieser Probleme aus der Welt schaffen. Das Land könnte Einnahmen in Milliardenhöhe durch die Besteuerung von Cannabis generieren, was führende Ökonomen schon längst fordern. Wenn dieses Geld dem Gesundheitshaushalt zur Verfügung stünde, könnte das Wort „Prävention“ komplett neu buchstabiert werden.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verwundert bin ich darüber, dass sich die klassische Verbots- und Bedenkenträgerfraktion in letzter Zeit auch für die Legalisierung von Cannabis ausspricht.

Die Grünen, verantwortlich für dieses rigorose Raucherbevormundungsgesetz, plädieren für die Freigabe. Diese Partei, die erst vor wenigen Tagen durch Frau Künast verkündete, dass Zucker der neue Tabak sei, fordert nun die Freigabe von Cannabis. Mir persönlich fehlt allerdings die Fantasie, wie das funktionieren soll: Rauchverbot und Kiffen bzw. Kiffen, ohne zu rauchen?

Oder vielleicht kommen nun zu den Seminaren im Bildungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen wie zur Schulung von Wolfsbotschaftern, damit wir den Wölfen nicht mit Vorbehalten und Sorgen begegnen, oder zum Seminar „Jetzt aber Sense“, zu dem die Sense mitgebracht werden kann, weitere hinzu. Vielleicht erweitert das Land Nordrhein-Westfalen sein Kursangebot nun noch um die Fortbildung „Back deinen Glückskeks im Gesundheitsministerium – grasgrüne Küchentipps für jedermann“.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist ein bürokratisches Monster. Er greift zu kurz.

Die Idee hinter diesem Antrag ist eine freiheitliche. Deshalb liegt Ihnen von meiner FDP-Fraktion ein Entschließungsantrag vor.

Ich danke Ihnen.